

urden von der Stadtleitung Zwickau ergriffen, Dn Massenbedarfsgütern zu fördern?

herstellen können, kommt es darauf an, unsere Erfolge in der Planerfüllung zu sichern, systematisch die Kohleproduktion über den Plan hinaus zu steigern und, was vor allem wichtig ist, die Gesteungskosten pro Tonne geförderte Kohle zu senken. Mehr Kohle und billigere Kohle bedeutet mehr Massenbedarfsgüter für unsere Volkswirtschaft, und damit schlagen wir die Feinde.“

Nach der Stadtparteiaktivtagung setzte die Arbeit der Parteiorganisation ein. Durch die Abteilung Wirtschaftspolitik bei der Stadtleitung wurde in Zusammenarbeit mit den Wirtschaftssekretären der vier Kreisleitungen und den Genossen der Plankommission sowie der örtlichen Industrie ein Plan festgelegt, nach dem nunmehr erneut die Betriebe mobilisiert werden sollten. Als wichtigste Punkte für eine erfolgreiche Lösung wurden von der Kommission festgelegt:

1. Organisierung des Kampfes um die Planerfüllung aller Betriebe;
2. Mobilisierung aller Belegschaften der Betriebe, die Massenbedarfsgüter produzieren, zum Kampf um Überplanerfüllung unter der Losung „Jedes Prozent Planerfüllung hilft die Milliarde verwirklichen“;
3. Schaffung von selbständigen Abteilungen für Massenbedarfsgüter in allen dafür geeigneten Betrieben sowie die Übernahme neuer, konkreter Verpflichtungen;
4. Mobilisierung der Belegschaften der Privatbetriebe und der Handwerker zwecks Einbeziehung aller dort vorhandenen Produktionsreserven.

Bei dieser Besprechung mußte sogar erst noch bei einigen anwesenden Genossen über die richtige Abgrenzung der zusätzlichen Massenbedarfsgüter vom Plan Klarheit geschaffen werden.

Dann nahmen die Genossen des Staatsapparates die Arbeit auf. Sie sprachen sich darüber nochmals mit den Werkleitungen aus. Diese Besprechungen wurden auch in allen Kreisleitungen durch die Vertreter der Räte der Stadtbezirke durchgeführt. Dabei wurden alle Betriebsleitungen einschließlich der Privatbetriebe sowie auch die Vertreter des Handwerks angesprochen. Die Betriebsleitungen wurden aufgefordert, im Betrieb eine Ausheilung aller verwendbaren Abfälle und der Betriebsreserven zu organisieren, die auch von Handwerkern berichtet werden konnte, um brauchbare Materialien zu ermitteln. Es wurde auch für Mitte Juni eine Ausstellung mit Erzeugnissen der zusätzlichen Massenedarfsgüterfertigung beschlossen, in der sich die Bevölkerung über den Entwicklungsstand informieren und auch Vorschläge unterbreiten konnte. Die Ausstellung sollte über vor allem Gelegenheit geben, einen noch größeren Kreis von Betriebsbelegschaften, Betriebsleitungen der privaten Industrie und des Handwerks an die Reserven heranzuführen.

Bei der Stadtleitung selbst wurde eine Kommission, bestehend aus Genossen des Staatsapparats, aus Betriebsleitern und Ingenieuren, gebildet, um die Durchführung des Planes zu kontrollieren.

Die Parteiorganisationen der Betriebe wurden durch die vier Kreisleitungen mobilisiert. Die Kreisparteiaktivs schlugen die Übernahme von festen Summen vor. Ein gutes Beispiel gaben die Kreisleitungen I und II mit der Übernahme von fünf und drei Millionen DM. Die Bekanntgabe der für die Stadt vorgesehenen Summe bewirkte eine größere Aktivität der Betriebsparteiorganisationen. Auch die Werkleitungen nahmen das Problem neu in Angriff, wobei sich alle Organe nach wie vor auf dem falschen Weg bewegten, daß sie immer erst von vorhandenen oder nicht vorhandenen Abfällen ausgingen. Keine Betriebsleitung setzte endlich einen Hauptverantwortlichen ein mit der Aufgabe, eine selbständige Abteilung zu schaffen. Bisher waren in allen Fällen nur einige Kollegen mit der Aufgabe betraut worden, die nebenbei miterzeugten Produkte an die Handelsorgane weiterzuleiten. Ein „Musterbeispiel“ ist die Zwickauer Maschinenfabrik. Dort sind sieben Kollegen verantwortlich. Auch von den Parteiorganisationen wurde diese Angelegenheit im allgemeinen viel zu technisch-organisatorisch anstatt politisch-ideologisch behandelt. Jede Parteileitung erklärte, sie hätte die Frage vor der gesamten Parteiorganisation oder gar vor der gesamten Belegschaft behandelt. Aber von keiner ist bekannt, daß sich im Ergebnis solcher Besprechungen eine breite Verpflichtungsbewegung nach dem Beispiel von Frida Hockauf, Lotte Steinbach oder Paul Simon über den bisherigen Umfang hinaus entfaltet hätte und daß damit * die Kernfrage der zusätzlichen Massenbedarfsgüterproduktion gelöst wäre.

Die Parteileitung des VEB Horch verließ zuerst den als falsch erkannten Weg. Schon auf der Stadtparteiaktivtagung übernahmen die Funktionäre, entgegen der ihnen erteilten Auflage von 350 000 DM, freiwillig eine Million DM. Eine gründliche Aussprache im Betrieb steigerte die Summe sogar auf 2,4 Millionen DM. Gleichzeitig wurde endlich die selbständige Abteilung mit eigenem Leiter festgelegt. Schon nach einigen Tagen erklärte Genosse Reißig, Sekretär für Wirtschaft im Horch-Werk: „Erst jetzt, nachdem wir den Leiter eingesetzt haben und feststellen, mit welchem Schwung derselbe die Sache meistert, erkennen wir, wie wir die Bedeutung der selbständigen Abteilungen unterschätzt haben.“ Die Praxis zeigt bis jetzt, daß die schnellsten und größten Erfolge dort sind, wo die Betriebsleitungen regelrecht vor eine Entscheidung gestellt werden, und wo es die Parteiorganisation versteht, die Belegschaft zu mobilisieren und zu begeistern. Dafür folgendes Beispiel:

Nachdem die erneuten Besprechungen mit den Werkleitungen durch die Genossen des Staatsapparates keine wesentlichen Erfolge ergaben, wurden durch die Zentrale Kommission bei der Stadtleitung zwei Gruppen gebildet, eine für die Grundstoffindustrie, eine für die Leichtindustrie. Diesen Gruppen gehören auch jeweils verantwortliche Vertreter des Handels und des Handwerks an. Die Aufgabe war, nach vorheriger Anmeldung bei Parteiorganisation, BGL und Werkleitung und Be-